

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

26.03.2020

Ausschussbetreuender Fachbereich

Kommunalverfassung, Ratsbüro

Schriftführung

Saskia Anger

Telefon-Nr.

02202-142237

Niederschrift

Haupt- und Finanzausschuss
Sitzung am Donnerstag, 13.02.2020

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 17:57 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 05.12.2019 - öffentlicher Teil**
0031/2020
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Bericht über Dienstreisen der Rats-, Ausschuss-, Beirats- und Integrationsratsmitglieder im Zeitraum 01.01.2019 bis 31.12.2019**
0001/2020
- 6 Heimatpreis 2020**
0017/2020

- 7 **Weiteres Vorgehen Produktanalyse**
0036/2020
- 8 **Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2019 in das Haushaltsjahr 2020 im Kernhaushalt**
0048/2020
- 9 **Wirtschaftsplan 2020 der GL Service gGmbH**
0624/2019
- 10 **Offenhalten von Verkaufsstellen**
0016/2020
- 11 **Zivilschutz in Bergisch Gladbach - Warnung der Bevölkerung**
0043/2020
- 12 **Neubau der Feuerwache 2 (Süd)**
0040/2020
- 13 **Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot - Planung für das Schuljahr 2020/21**
0627/2019
- 14 **V. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach**
0081/2019/2
- 15 **Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten der Stadt Bergisch Gladbach**
0002/2020
- 16 **Anträge der Fraktionen**
- 17 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Urbach eröffnet um 17:00 Uhr die 29. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Bergisch Gladbach in der neunten Wahlperiode und stellt fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen worden und beschlussfähig sei.

Für die Sitzung hätten sich Frau Lehnert (CDU-Fraktion), Herr Kleine (SPD-Fraktion), Herr Kreutz (SPD-Fraktion) und Herr Außendorf (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) entschuldigt, die durch Herrn Wagner (CDU-Fraktion), Frau Bähler-Sarembe (SPD-Fraktion), Frau Holz-Schöttler (SPD-Fraktion) und Herrn Schmidt (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vertreten würden. Zudem seien Frau Bischoff (CDU-Fraktion) und Herr Schütz (fraktionslos) nicht anwesend. Herr Sanitllán (fraktionslos) nimmt ab 17.02 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö1) teil.

Als Unterlagen der Sitzung benennt Herr Bürgermeister Urbach:

Die Einladung vom 30.01.2020 mit der Anlage zur Tagesordnung und den dazugehörigen Vorlagen sowie als Tischvorlagen:

das Beratungsergebnis aus der Sitzung des JHA am 06.02.2020, der nach Versand der Sitzungseinladung tagte, zu Tagesordnungspunkt Ö 13 der heutigen Sitzung sowie

eine ergänzende Unterlage zu der Vorlage Nr. 0048/2020 – Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2019 in das Haushaltsjahr 2020 im Kernhaushalt (zu TOP Ö 8), die dem Haupt- und Finanzausschuss und Rat mit dem Vorschlag vorgelegt wird, die Ergänzung bei der Beratung und Beschlussfassung zu berücksichtigen sowie

einen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu der Vorlage Nr. 0040/2020 - Neubau der Feuerwache 2 (Süd) (zu TOP Ö 12) sowie

die Vorlage Nr. 0087/2020 – Besetzung der Stelle der Leitung des Fachbereichs 7, Umwelt und Technik, zu der Herr Urbach vorschläge, die Tagesordnung der heutigen Sitzung aus Gründen äußerster Dringlichkeit um die Vorlage als TOP N 7.a zu erweitern.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.02.2020 wird aus Gründen äußerster Dringlichkeit um die Vorlage Nr. 0087/2020 – Besetzung der Stelle der Leitung des Fachbereichs 7, Umwelt und Technik – als TOP N 7.a erweitert.

Herr Waldschmidt fragt an, warum die Vorlage Nr. 0051/2020 „Arbeitsmedizinische Betreuung der Stadt Bergisch Gladbach“ im nicht öffentlichen Teil zu beraten wäre.

Herr Möller antwortet, da hier potenzielle Bewerber schon von den Kosten erfahren würden und es dadurch zu Preisanpassungen im Wettbewerb kommen könnte, würden Ausschreibungen im nicht öffentlichen Teil beraten.

Herr Waldschmidt betont, man könne finanzielle Aspekte der Ausschreibung im nicht öffentlichen Teil beraten, aber aufgrund der Transparenz sollten Ausschreibungen grundsätzlich im öffentlichen Teil beraten werden.

Herr Urbach entgegnet, heute würde aufgrund der finanziellen Aspekte die Vorlage Nr. 0051/2020 „Arbeitsmedizinische Betreuung der Stadt Bergisch Gladbach“ im nicht öffentlichen Teil beraten, aber der Vorschlag von Herrn Waldschmidt könne für die nächsten Sitzungen in Betracht gezogen werden.

Herr Santillán beantragt, die Vorlage 0051/2020 „Arbeitsmedizinische Betreuung der Stadt Bergisch Gladbach“ im öffentlichen Teil zu beraten.

Für den **Antrag**, die Vorlage 0051/2020 „Arbeitsmedizinische Betreuung der Stadt Bergisch Gladbach“ im öffentlichen Teil zu beraten stimmt DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL. Der Antrag wird mit zahlreichen Gegenstimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Urbach stellt fest, ihm lägen keine schriftlichen Einwendungen vor; mündliche Einwendungen würden ebenfalls nicht erhoben.

Damit gelte die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 05.12.2019 – öffentlicher Teil – als genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 05.12.2019 - öffentlicher Teil

0031/2020

Herr Waldschmidt führt an, in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 05.12.2019 habe die SPD-Fraktion gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion bezüglich des Antrages der CDU-Fraktion Vorlage Nr. 0574/2019 „Kinderbetreuung ausbauen“ einen Ergänzungsantrag gestellt.

Dieser habe unter anderem beinhaltet, dass ein Anforderungskatalog über den Soll-Zustand der Schultoiletten erstellt werden solle, der Ist-Zustand von der Verwaltung ermittelt werde und im Zuge dessen eine Kostenplanung für die Herstellung des Soll-Zustandes erstellt werde.

Nun habe Fachbereich 8-65 Herrn Waldschmidt mitgeteilt, dass es zurzeit für diesen Ergänzungsantrag keine Kapazitäten gäbe. Hierüber hätte er eine entsprechende Mitteilung im Bericht über die Durchführung der Beschlüsse erwartet.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisters für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

5. Bericht über Dienstreisen der Rats-, Ausschuss-, Beirats- und Integrationsratsmitglieder im Zeitraum 01.01.2019 bis 31.12.2019

0001/2020

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

6. Heimatpreis 2020

0017/2020

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, bei Enthaltung von mitterechts dem Rat folgenden Beschlussempfehlung zu geben:

1. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt, für 2020 einen Heimat-Preis auszuloben.

2. Die Fördergelder werden beim Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG) beantragt.
3. Für die Auslobung des Heimat-Preises der Stadt Bergisch Gladbach wird die Verwaltung Kriterien für die Teilnahmebedingungen sowie die Preisvergabe festlegen und dem Rat zum Beschluss am 5. Mai 2020 vorlegen. Es ist vorgesehen, für die Heimat-Preis-Vergabe verbindliche Richtlinien samt Ausschreibungstext zu formulieren.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Antrag an die Bezirksregierung Köln zu richten.
5. Sollte dem Antrag auf Gewährung einer Zuwendung in Höhe von 5.000 EUR nicht entsprochen werden, wird kein Heimat-Preis verliehen.

7. Weiteres Vorgehen Produktanalyse
0036/2020

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

8. Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2019 in das Haushaltsjahr 2020 im Kernhaushalt
0048/2020

Herr Zalfen führt an, der Neubau der GGS Bensberg würde aus den Mitteln „Gute Schule 2020“ finanziert, die einer zeitlichen Befristung unterlägen. Dies bezüglich fragt er an, ob es durch die Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2019 in das Haushaltsjahr 2020 zu Problemen mit den Fördermitteln kommen könnte.

Herr Stein antwortet, nach seiner Auffassung gäbe es keine Probleme. Aber er schlägt vor, dies nochmal überprüfen zu lassen.

Herr Urbach führt an, diese Anfrage werde schriftlich beantwortet.

Herr Klein äußert, in der Sachdarstellung der Vorlage stünde, dass möglichst wenige Ermächtigungsübertragungen zu veranlassen seien. Allerdings sollten ebenfalls nach dieser Vorlage insgesamt über 22 Millionen Euro übertragen werden. Er könne nicht nachvollziehen, warum diese Investitionen über 22 Millionen Euro nicht im Vorjahr ausgeführt worden seien. Er erläutert, dass fast keine der Ermächtigungsübertragungen genauer begründet sei und fordere deswegen die Verwaltung auf, für jede Übertragung eine Begründung und einen Zeitplan für die Umsetzung vorzulegen.

Herr Stein antwortet, dass hinter vielen Ermächtigungsübertragungen begonnene Maßnahmen stünden, die aber noch nicht abgeschlossen seien. Weitere Ermächtigungsübertragungen würden mit der Überlastung der Verwaltung in den einzelnen Bereichen zusammenhängen. Falls es Fragen zu einzelnen Projekten gäbe, regt Herr Stein an diese im zuständigen Fachausschuss zu stellen, wo mit Sicherheit eine genauere Auskunft über die Sachstände gegeben werden könne. Desweiteren erläutert Herr Stein, dass bei Wegfall des Haushaltssicherungskonzeptes und der Restriktion des Kreditdeckels, generell überlegt werde alle Ermächtigungsübertragungen zu bereinigen. Dies wäre bisher nicht möglich gewesen, da die Ermächtigungsübertragungen auch Kreditermächtigungen beinhalten würden.

Herr Klein entgegnet, besonders im Bereich der Schulen verstehe er nicht die Bedeutung hinter den Ermächtigungsübertragungen. Beispielsweise im I-Auftrag I-40028013 „bewegliche Sachen über 410€“ mit einem Betrag von 25.000€ könne er nicht nachvollziehen warum diese noch nicht beschafft worden seien. Die Tabelle beinhalte für sein Verständnis zu wenige Informationen.

Herr Schäfer erläutert, es seien hier Maßnahmen abgebildet, die begonnen worden seien und für deren Endfinanzierung entsprechende Mittel benötigt würden. Hinzu käme, wie Herr Stein bereits betonte, die Restriktion des Kreditdeckels. Würde die Verwaltung an dieser Stelle Mittel verfallen lassen, könnten die entsprechenden Maßnahmen nicht durchgeführt werden. Zudem wäre es ein

erheblicher Zeitaufwand, wenn jede Abteilung nun begründen würde warum welche Maßnahme noch nicht endfinanziert sei.

Herr Klein entgegnet, um die Arbeit der Verwaltung zu beschleunigen schlage er vor diese Tabelle in der Vorlage in Zukunft wegzulassen und nur zu schreiben, wie viele Mittel übertragen würden.

Herr Urbach entgegnet, dieser Vorschlag werde geprüft.

Herr Zalfen weist daraufhin, dass circa 18 Millionen Euro dieser Summe genauer nachgewiesen seien. Im AUKIV werde seit ein paar Jahren eine Liste darüber geführt, worin genauer beschrieben sei, warum sich eine Maßnahme verzögere inklusive der entsprechenden Kostensteigerungen.

Herr Urbach antwortet, Herr Klein habe Zugriff auf diese Liste.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und mitterechts dem Rat folgende, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

Der Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2019 in das Haushaltsjahr 2020 im Kernhaushalt entsprechend der Anlage 1 (investiv) unter Berücksichtigung der in der ergänzenden Unterlage dargestellten Änderung und Anlage 2 (konsumtiv) zur Vorlage wird zugestimmt.

9. Wirtschaftsplan 2020 der GL Service gGmbH *0624/2019*

Herr Krell führt an, er könne der Vorlage entnehmen, dass der Kantinen- und Cafeteriabetrieb der GL Service gGmbH umsatzstark sei. Deshalb fragt er an, ob dieser Betrieb zu einem Kerngeschäft ausgebaut werden solle und wenn ja ob dies mit der Gemeinnützigkeit der GL Service gGmbH zu vereinbaren wäre. Zu dem erkundigt er sich, ob öffentliche Ausschreibungen hierzu erfolgt seien, damit auch private Anbieter eine Chance auf die Ausführung dieser Dienstleistung gehabt hätten.

Herr Dekker antwortet, der Grund für den Anstieg des Umsatzes sei die Übernahme des Kantinenbetriebes der GGS Bensberg durch die GL Service gGmbH. Nach langen Verhandlungen mit den Eltern sei sich auf einen kostendeckenden Monatsbeitrag von 80,00 € geeinigt worden. Er erläutert, eine öffentliche Ausschreibung sei nicht erfolgt, da von der Stadt selber und der SPD-Fraktion die Anfrage kam den Kantinenbetrieb der GGS Bensberg zu übernehmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL bei Enthaltung von der FDP dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH (GL Service) stellte, vorbehaltlich eines Weisungsbeschlusses des Rates, am 18.12.2019 den Wirtschaftsplan 2020 der GL Service nach § 10 Nr. 1 a) des Gesellschaftsvertrages fest. Der von der Gesellschafterversammlung getroffene Beschluss wird wie folgt gebilligt: Der Wirtschaftsplan 2020 der GL Service wird festgestellt und eine entsprechende Weisung i.S. §113 (1) GO NRW erteilt.

10. Offenhalten von Verkaufsstellen *0016/2020*

Herr Santillán wirft ein, es sollte grundsätzlich keine verkaufsoffenen Sonntage geben.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen wird in der Fassung der Anlage zur Vorlage beschlossen.

11. Zivilschutz in Bergisch Gladbach - Warnung der Bevölkerung
0043/2020

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

12. Neubau der Feuerwache 2 (Süd)
0040/2020

Herr Urbach erläutert, zu diesem Tagesordnungspunkt gäbe es einen Änderungsantrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Von Seiten der Verwaltung bestünden hier gegen keine Bedenken.

Herr Klein betont, es wundere ihn, dass sich nun so schnell auf einen Standort geeinigt worden sei.

Herr Urbach entgegnet, dies habe 15 Jahre gedauert.

Herr Klein führt an, er befürworte zunächst den Änderungsantrag von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, da hier die Vor- und Nachteile von anderen Standorten nochmal in den Vordergrund gebracht würden. Außerdem befürwortet er, dass Verhandlungen erst durchgeführt werden sollten, wenn eine abschließende Entscheidung über den Standort gefällt worden sei. Zudem wolle Herr Klein einen Änderungsantrag dahingehend stellen, dass die Ziffer 3.a) des Beschlussvorschlages dahingehend ergänzt werde, dass das Wort „unabhängigen“ vor der Formulierung „externen Expertise“ eingefügt werden solle. Hiermit würde verdeutlicht, dass derjenige der die Expertise abgibt nicht in dem sonstigen Prozess der Beschlussvorlage involviert sei.

Herr Stein erläutert, der Landesbetrieb Wald und Forst habe vor kurzem mitgeteilt, dass ein Grundstückserwerb momentan nicht möglich sei. Hierzu müsse zunächst das entsprechende Planungsrecht vorliegen, was aufgrund der Änderung des Flächennutzungsplanes und der Aufstellung eines Bebauungsplanes noch Zeit in Anspruch nehme. Herr Kleins Änderungsantrag, welcher beinhalte, dass das Wort „unabhängigen“ vor „externen Expertise“ eingefügt werde, könne er nicht verstehen. Bei allen Beratungsmandaten der Stadt Bergisch Gladbach würden ohnehin rechtlich unabhängige Beratungs- und Fachunternehmen sowie Büros mandatiert.

Herr Santillán äußert, die Errichtung der Feuerwache Süd sei dringend notwendig. Allerdings wundere er sich darüber, dass plötzlich ein neuer Standort hierfür in Frage komme und dieses Thema nicht schon im Flächennutzungsplan mit behandelt worden sei. Er gehe davon aus, die Thematik sei im Rahmen des Flächennutzungsplanes vergessen worden. Dies sei ein Versagen von Seiten der Verwaltung. Den Beschluss zur Errichtung einer neuen Feuerwache gäbe es seit 2006 und in dieser Zeit bis heute hätte es bereits geeignete Flächen gegeben. Die nun vorgeschlagene Fläche habe logistische Vorteile, aber hierfür müsse der Wald abgerodet werden, der die Bürger vor Lärm und Schadstoffen schütze. Von Seiten der Bürger gäbe es erhebliche Proteste. Aufgrund dessen stimme er dem Änderungsantrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu, da somit nochmal eine Möglichkeit geschaffen werde das Thema öffentlich zu diskutieren. Herr Santillán stellt einen Änderungsantrag, die Ziffer 3.b) des Beschlussvorschlages dahingehend zu ändern, dass eine Machbarkeitsstudie auch für sechs weitere Flächen (Meleghy, Bockenbergr (FNP), Ausbau Feuerwehrhaus Refrath, BAST, Bauhof Obereschbach, Gewerbegebiet Rennweg (FNP)) durchgeführt werde.

Herr Urbach antwortet, er sei der Meinung, dass mit der Beschlussvorlage und dem Änderungsantrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN genügend Flächen überprüft würden. Die Meleghy-Fläche zu prüfen sei ergebnislos, da diese zu weit weg von den Einsatznotwendigkeiten liege. Dies würde nur erneut Zeit fordern und Kosten mit sich bringen.

Herr Buchen äußert, in die Vergangenheit zu schauen würde die aktuelle Lage nicht verändern. Desweiteren würde man mit weiteren tabellarischen Darstellungen von diversen verworfenen Flächen den Prozess der Errichtung nur verzögern. Da die Feuerwache dringend notwendig sei, sei dies der falsche Ansatz. Beispielsweise das Gelände der BAST sei bereits geprüft worden und man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass die notwendigen Hilfszeiten von dort aus nicht eingehalten werden könnten. Außerdem sei die Bürgerschaft bereits aufgefordert worden

Grundstücke vorzuschlagen und vereinzelte Vorschläge seien auch zur Bearbeitung aufgenommen worden. Um das eben genannte notwendige Planungsrecht zu erstellen ist es nun an der Zeit eine Machbarkeitsstudie durchzuführen und nicht noch weitere Flächen in Betracht zu ziehen und durchzuprüfen. Deswegen stimme die CDU gegen den Antrag von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN.

Frau Schundau betont, die Bürgerversammlung zur Errichtung der Feuerwache Süd sei sinnvoll und informativ gewesen. Allerdings sei der Änderungsantrag notwendig, da hiermit nochmal über einzelne Flächen nachgedacht werden könne. Es sei notwendig die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu beachten und ihnen nochmal die Chance zu geben weitere Flächen zu finden. Außerdem habe die Stadt in allen Entscheidungen das Klima und Gemeinwohl zu berücksichtigen. Da hier teilweise Waldflächen gerodet werden müssten, sollte sich auch die nötige Zeit bis zur Entscheidung für einen Standort genommen werden. Möglicherweise würde den Bürgern durch den Verlust des Waldes ein gesundes Umfeld entzogen.

Herr Santillán äußert, aufgrund des versäumten Prozesses der Errichtung der Feuerwache Süd im Flächennutzungsplan sei es nun notwendig noch mehr Flächen zu diskutieren. Beispielsweise zu seinem Vorschlag der Fläche Gewerbegebiet Rennweg sei bereits ein planungsrechtliches Verfahren gelaufen. Bisher wäre der Landesbetrieb Straßen NRW nicht bereit gewesen diese Fläche zu veräußern, da ein gemeinnütziges Interesse gefehlt habe. Aber bei dem Bau einer Feuerwache bestehe durchaus ein gemeinnütziges Interesse.

Herr Urbach stellt zunächst den Änderungsantrag von **DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, die Ziffer 3.a) des Beschlussvorschlages dahingehend zu ergänzen, dass eine unabhängige externe Expertise einbezogen werden solle** zur Abstimmung.

Für den Antrag stimmt DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL. Mit den Gegenstimmen der übrigen Ausschussmitglieder bei Enthaltung von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN wird der Änderungsantrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Herr Urbach stellt sodann den Änderungsantrag Herrn Santilláns, **die Ziffer 3.b) des Beschlussvorschlages dahingehend zu ändern, dass eine Machbarkeitsstudie auch für sechs weitere Flächen (Meleghy, Bockenberg (FNP), Ausbau Feuerwehrhaus Refrath, BAST, Bauhof Obereschbach, Gewerbegebiet Rennweg (FNP)) durchgeführt werde** zur Abstimmung.

Für den Antrag stimmt DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL. Mit den Gegenstimmen der übrigen Ausschussmitglieder bei Enthaltung von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN wird der Änderungsantrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Herr Urbach stellt sodann den Änderungsantrag von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zur Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen die CDU bei Enthaltung von mitterechts, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1. Punkt c) wird bis zum Abschluss der Prüfung zurückgestellt.

2. Neuer Punkt c):

Für alle bisher verworfenen Grundstücke wird tabellarisch dargestellt, warum sie jeweils nicht geeignet seien. Bei geeigneten Grundstücken, die allein wegen vermeintlicher fehlender Verkaufsbereitschaft nicht weiter betrachtet wurden, werden jeweils schriftliche Kauf-Anfragen unterbreitet und bei Ablehnung Alternativen wie Erbpacht oder Enteignungen geprüft. Die Ergebnisse werden im nächsten Ausschuss vorgestellt. Die Verwaltung prüft insbesondere die Unterbringung auf dem Gelände der oder neben der BAST, z.B. auf dem öffentlichen Parkplatz. In dem Zusammenhang wird nötigenfalls eine Ertüchtigung der Brüderstraße und Vorrangregelung für die Feuerwehr geprüft. Weiter wird speziell das Grundstück „Altes Hotel Frankenforst“ auf Eignung überprüft. Die Bürgerschaft wird aufgefordert, möglicherweise geeignete Grundstücke im Umfeld der Autobahnausfahrten Bensberg/Moitzfeld bzw. Frankenforst der Verwaltung

vorzuschlagen. Die Verwaltung wird aufgefordert, weiter selber aktiv nach Alternativen zu suchen und Vorschläge im Zuge der Machbarkeitsuntersuchung zu bewerten.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt sodann einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL dem Rat folgende, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

1. Der Rat befürwortet den Neubau der Feuerwache 2 (Süd) für die hauptamtlichen Kräfte.
2. Der Rat stimmt zu, dass der ehrenamtliche Löschzug Bensberg wegen der für das Ehrenamt strategisch günstigen Lage am Standort Wipperfürther Straße verbleibt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt
 - a) ein modulares Raumkonzept unter Einbeziehung einer externen Expertise für den Neubau mit der Festlegung eines Kostenrahmens zu erstellen.
 - b) die baulichen und planungsrechtlichen Anforderungen für den Neubau im Rahmen einer Machbarkeitsstudie als Grundlage für die Schaffung von Planungsrecht und für das bauliche Vergabeverfahren auf dem Flurstück Frankenforster Straße/Rather Straße (Gemarkung Refrath, Flur 1, Flurstück 356) zu prüfen.
 - c) für alle bisher verworfenen Grundstücke tabellarisch darzustellen, warum sie jeweils nicht geeignet seien. Bei geeigneten Grundstücken, die allein wegen vermeintlicher fehlender Verkaufsbereitschaft nicht weiter betrachtet wurden, werden jeweils schriftliche Kauf-Anfragen unterbreitet und bei Ablehnung Alternativen wie Erbpacht oder Enteignungen geprüft. Die Ergebnisse werden im nächsten Ausschuss vorgestellt. Die Verwaltung prüft insbesondere die Unterbringung auf dem Gelände der oder neben der BAST, z.B. auf dem öffentlichen Parkplatz. In dem Zusammenhang wird nötigenfalls eine Ertüchtigung der Brüderstraße und Vorrangregelung für die Feuerwehr geprüft. Weiter wird speziell das Grundstück „Altes Hotel Frankenforst“ auf Eignung überprüft. Die Bürgerschaft wird aufgefordert, möglicherweise geeignete Grundstücke im Umfeld der Autobahnausfahrten Bensberg/Moitzfeld bzw. Frankenforst der Verwaltung vorzuschlagen. Die Verwaltung wird aufgefordert, weiter selber aktiv nach Alternativen zu suchen und Vorschläge im Zuge der Machbarkeitsuntersuchung zu bewerten. Die in dem Beschlussvorschlag der Verwaltung unter Ziffer 3.c) vorgeschlagene Verhandlung eines entsprechenden Grunderwerbes mit dem Landesbetrieb Wald und Forst und Absicherung für den Neubau wird bis zum Abschluss der Prüfung zurückgestellt.
 - d) die verschiedenen in Frage kommenden finanziellen Realisierungsmodelle unter Einbeziehung externer Expertise fachlich zu bewerten.
 - e) die sich aus den Aufträgen a) bis d) ergebenden Erkenntnisse in den Haushaltsentwurf 2021 einzuarbeiten sowie dem Rat zum Beschluss vorzulegen.

**13. Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot - Planung für das Schuljahr 2020/21
0627/2019**

Herr Krell führt an, die FDP-Fraktion werde dieser Vorlage zustimmen. Allerdings gäbe es weiterhin einen immensen Platzmangel im KiTa- und OGS-Bereich, welcher hoffentlich im nächsten Jahr noch mehr eingedämmt werden könne.

Herr Klein antwortet, Herr Krells Hoffnung werde sich im nächsten Jahr nicht erfüllen können. Seitdem Herr Klein im Stadtrat tätig sei habe es immer zu wenige KiTa- und OGS-Plätze gegeben, was sich auch in den nächsten Jahren nicht ändern werde. Jedes Jahr würden sich viele Bürgerinnen und Bürger an die Fraktionen wenden, um sich darüber zu beschweren, dass es zu wenige Plätze gäbe. Der Rat sollte endlich beschließen, dass die finanziellen Mittel für ausreichende Plätze aufgebracht würden. Stattdessen würden aber zurzeit nur andere Projekte vorangetrieben, welche wesentlich weniger relevant seien.

Herr Urbach entgegnet, in den letzten zehn Jahren sei enorm an dem Ausbau der KiTa- und OGS-Plätze gearbeitet worden. Die Verwaltung gelange hier momentan ohnehin finanziell und personell an ihre Grenzen, so dass ein noch größerer Ausbau nicht möglich sei.

Herr Buchen betont, hier würden inhaltliche Aspekte aus dem Jugendhilfeausschuss in den Haupt- und Finanzausschuss übertragen. Im Jugendhilfeausschuss würde seit Jahren an dem Ausbau der KiTa- und OGS-Plätze gearbeitet. In Bergisch Gladbach gebe es allein 20 Grundschulen und hier gelange die Verwaltung an ihre Grenzen. Zudem gebe es schon seit ein paar Jahren keine finanzielle Deckelung mehr, aber alles was realisierbar sei werde auch umgesetzt. Die Räumlichkeiten werden bestmöglich genutzt, jedoch sei die Kapazität der Gebäude irgendwann ausgenutzt. Der nächste Schritt sei neu zu bauen, aber dafür müsse erst im Jugendhilfeausschuss ein klares Konzept erstellt werden.

Herr Santillán führt an, es könne immer behauptet werden man hätte viel für die Bürgerinnen und Bürger getan. Seit dem Herr Santillán im Stadtrat sei, habe es noch nie genug Plätze gegeben. Es hätten sich permanent Eltern beschwert, aber die Stadtverwaltung habe nie etwas dagegen unternommen.

Frau Holz-Schöttler äußert, sie schließe sich den Ausführungen von Herrn Buchen und Herrn Urbach an. Es habe in Bergisch Gladbach sogar eine Zeit gegeben, in der Plätze reduziert worden seien. Auch wenn es die notwendigen KiTa-/ OGS-Gebäude gäbe hätte man nicht genug personelle Ressourcen hierfür. Der Jugendhilfeausschuss arbeite fortlaufend daran die Qualitätskriterien für die OGS zu erstellen. Außerdem sei Bergisch Gladbach nicht die einzige Kommune, die zu wenig Plätze bieten könne.

Herr Dr. Metten führt an, wenn Herr Santillán im SPLA anwesend gewesen wäre wüsste er mehr über die aktuelle Situation. Es gebe gesellschaftliche Veränderungen, denen sich angepasst werden müsse und diese wären vor zehn Jahren nicht vorhersehbar gewesen. Die aktuelle Situation sei schwierig zu bewältigen, aber wenn Herr Santillán eine Lösung hierfür habe solle er diese doch bitte mitteilen.

Frau Scheerer äußert, dass die Änderung der Gesetzeslage zu berücksichtigen sei. Mittlerweile gäbe es einen Rechtsanspruch für einen U3-KiTa-Platz. Ebenfalls werde es bald einen Rechtsanspruch für OGS-Plätze geben. Damit die Rechtsansprüche auch umgesetzt werden können sei eine Unterstützung vom Land oder Bund unbedingt notwendig.

Herr Urbach antwortet, wenn man mit dem Königsteiner Schlüssel rechne, sei eine entsprechende finanzielle Unterstützung für Bergisch Gladbach vom Land zu erwarten.

Herr Klein führt an, Herr Urbach habe bei seinem damaligen Amtsantritt versprochen, dass er Bergisch Gladbach zu einer familienfreundlichen Stadt machen wolle. Faktisch gäbe es aber sehr viele Eltern, die keinen KiTa- oder OGS-Platz bekommen würden. Dies sei nicht familienfreundlich. Bezogen auf Frau Holz-Schöttler argumentiert er, dass die damalige Reduzierung der Plätze kurze Zeit später bereut worden sei. Außerdem könne man anhand von Geburtsstatistiken in Bergisch Gladbach ausrechnen, wie viele Plätze zu schaffen seien. Wenn man als Kommune wirklich gegen den Platzmangel kämpfen wolle, müsse man sich intensive Gedanken über die Finanzierung machen und könne nicht einfach behaupten alles Realisierbare werde umgesetzt. Herr Klein äußert er habe noch einen Elternbrief, wo genau dieses Problem thematisiert werde.

Herr Urbach betont, er habe den Brief selber erhalten und kenne die prekäre Situation selber.

Herr Klein entgegnet, dass er für diese prekäre Situation aber keine Ergebnisse von Herrn Urbach sehe.

Herr Urbach antwortet, wenn Herr Klein die Vorlagen lesen würde könne er erfahren, dass es in Bergisch Gladbach seit 2004 bis heute eine Erhöhung von 251 auf 2.937 Plätze im Bereich der OGS gebe. Außerdem habe gerade Herr Klein gegen den Flächennutzungsplan gestimmt. Damit habe er für eine schlechte Preisentwicklung im Wohnbereich gesorgt, so dass es notwendig werde, dass beide Elternteile arbeiten und die Kinder zur Betreuung abgeben müssten.

Herr Buchen äußert, im Jugendhilfeausschuss gebe es seit elf Jahren die Vereinbarung, dass Jugendhilfethemen sachlich diskutiert und nicht für Wahlkampfsachen genutzt würden. Aber genau

das würde jetzt gerade im Haupt- und Finanzausschuss geschehen. Hier gehe es rein sachlich jetzt nur um die Frage, ob dem Votum des Jugendhilfeausschusses gefolgt werde und im Zuge dessen finanzielle Mittel für 3.049 OGS-Plätze bereitgestellt würden.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und mitterechts dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Für das Schuljahr 2020/21 werden an den Grundschulen in Bergisch Gladbach bis zu 3.049 Plätze gefördert. Die hierzu in der Vorlage genannten erforderlichen finanziellen Mittel werden in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 bereitgestellt.

14. V. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach

0081/2019/2

Frau Schundau führt an, die Vorlage zur V. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach sei besonders gut durchdacht und es gäbe nichts zu kritisieren.

Herr Zalfen lobt ebenfalls die Arbeit der Verwaltung bezüglich der V. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die V. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach wird in der vorliegenden Fassung beschlossen. Die Gebührenkalkulation ist Bestandteil dieses Beschlusses.

15. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten der Stadt Bergisch Gladbach

0002/2020

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, dem Rat folgende, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

Die Vertretung der Stadt Bergisch Gladbach in den folgenden Organen der folgenden Mitgliedschaften und Beteiligungen der Stadt Bergisch Gladbach wird künftig wie folgt wahrgenommen:

Ständigen Konferenz der Gartenamtsleiter des Deutschen Städtetages (GALK e.V.)

Mitglied:	Stellvertretendes Mitglied:
Der Bürgermeister,	Oberreuther, Volker
Fachbereich Immobilienbetrieb,	
Leitung der Abteilung Stadtgrün,	
Nollen, Christian	

Forum Nationales Naturerbe Wahner Heide/Königsforst e.V.

Mitglied:
Der Bürgermeister,
Fachbereich Immobilienbetrieb,
Leitung der Abteilung Stadtgrün,
Nollen, Christian

Forstausschuss des Staatlichen Forstamtes Bergisch Gladbach-Königsforst

Mitglied:
Nollen, Christian

Stellvertretendes Mitglied:
Oberreuther, Volker

Aufsichtsrat der Betriebsgesellschaft Bergischer Löwe mbH (mit Wirkung vom 01.03.2020)

Mitglieder:
Urbach, Lutz (Bürgermeister)
(...)

Stellvertretende Mitglieder:
Rockenberg, Dettlef
(...)

Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V (mit Wirkung vom 01.03.2020)

Mitglied:
Der Bürgermeister
Fachbereich 8-24
Gebäude- und Grundstücks-
verwaltung
Schmidt, Theo

Stellvertretendes Mitglied:
Der Bürgermeister
Fachbereich 8-24
Gebäude- und Grundstücks-
verwaltung
Greifenberg, Andreas

Immobilien- und Standortgemeinschaft Schloßstraße, Bensberg e.V. (mit Wirkung vom 01.03.2020)

Mitglied:
Der Bürgermeister
Fachbereich 8-24
Gebäude- und Grundstücks-
verwaltung
Schmidt, Theo

Stellvertretendes Mitglied:
Der Bürgermeister
Fachbereich 8-24
Gebäude- und Grundstücks-
verwaltung
Greifenberg, Andreas

Verwaltungsrat der Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR (mit Wirkung vom 01.03.2020)

Ordentliche Mitglieder:
Urbach, Lutz (Vorsitzender)
(...)

pers. Stellvertretung:
Waldschmidt, Klaus W. (stv. Vorsitzender)
(...)

Im Vertretungsfall betreffend den Vorsitz wird Herr Waldschmidt als ordentliches Mitglied durch seine persönliche Stellvertretung (Herrn Zalfen) vertreten.

16. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge der Fraktionen für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

17. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Haasbach: Anfrage bezüglich Neubau Feuerwache Süd

Herr Haasbach führt an, in dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu TOP Ö12 (Vorlage Nr. 0040/2020) stünde, dass auch eine Enteignung von Grundstücken für den Neubau der Feuerwache Süd geprüft werden solle. Er fragt an, unter welchen Voraussetzungen ein Privatgrundstück hierfür enteignet werden könne und wie viel Zeit ein solches Verfahren in Anspruch nehme.

Herr Urbach antwortet, dies werde schriftlich beantwortet.

Herr Wagner: Anfrage Sachstand Bürgerbüro Refrath

Herr Wagner fragt an, wann das Bürgerbüro in Refrath in Betrieb genommen werden könne.

Herr Cürten antwortet, die Verwaltung habe vor der Eröffnung des Bürgerbüros noch einige bauliche und personelle Aspekte zu beachten. Aufgrund dessen könne noch kein genaues Datum zur Eröffnung genannt werden. Es werde sich allerdings bemüht, die Eröffnung zeitnah umzusetzen.

Herr Waldschmidt: Anfrage bezüglich Umsetzung des Antrages „Unverzögliche Sanierung der Schultoiletten“

Herr Waldschmidt führt an die SPD-Fraktion habe in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 05.12.2019 einen gemeinsamen Änderungsantrag mit der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion zu dem Antrag der CDU-Fraktion „Kinderbetreuung ausbauen“ (Vorlage Nr. 0574/2019) gestellt, welcher im Rat am 10.12.2019 beschlossen worden sei. Dieser habe beinhaltet, dass eine unverzügliche Sanierung der Schultoiletten durchgeführt werde. Er fragt an, wie hiermit verfahren werde und wann mit der Sanierung der Schultoiletten konkret gerechnet werden könne.

Herr Urbach antwortet, diese Anfrage werde schriftlich beantwortet.

Herr Dr. Metten: Zeitplan Bürgerbüro Refrath

Herr Dr. Metten fragt an, ob die Verwaltung einen Zeitplan für die Umsetzung der Maßnahme des Bürgerbüros in Refrath erstellen könne.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.57 Uhr.

gez.
Lutz Urbach
Bürgermeister

gez.
Saskia Anger
Schriftführung

